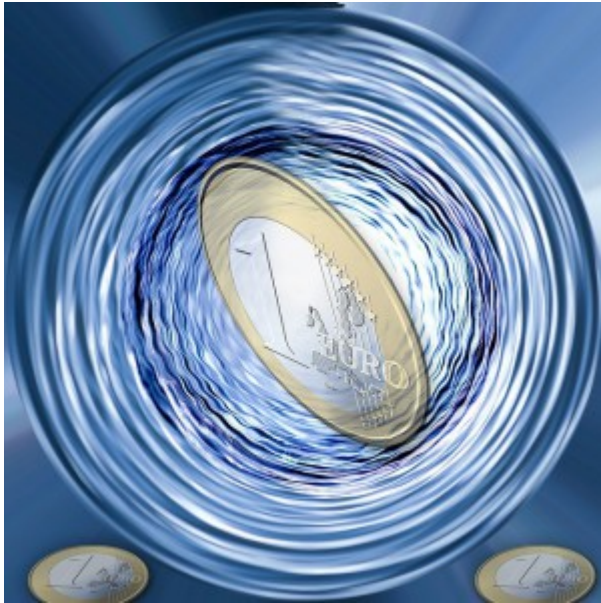


# Allianz der Absauger



In der humanistischen Szene wird Bankenkritik gern als anrühlich gesehen. Wo man doch die heilige Zielscheibe der Religion hat, samt Kirchen und Staatsleistungen, will man dem Konkurrenzgott Mammon nicht in die Quere kommen. Dafür sind die Linken zuständig, die Kapitalismuskritiker, die Occupy-Aktivisten.

Nachdem es nun bei Kirchen und Banken massiv ums Geld geht (wobei die Bankensubventionen nochmal das zig-fache kosten wie die Kirchensubventionen), gehören die Themen durchaus zusammen. Jetzt ist der Fall eingetreten, dass die unheilige Allianz der Geldabsauger offiziell etabliert wurde (Bild: bykst, pixabay).

Wie zusammenfand, was zusammengehört, berichtet ein Artikel der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, [Wegen Steuer auf Kapitalerträge – Kirchenaustritte auf neuem Rekord](#) (3.8., nur als teaser online, den ganzen Artikel gibt es ab 20 Uhr gegen Gebühr). Aus dem Inhalt:

Zunächst mal geht es nur um die blanken Zahlen, wie sie wissenbloggt in dem Artikel [Kirchenaustritt im Trend](#) diskutiert hat. Für 2014 wird ein Rekordaustritt erwartet (mehr als 2010, wo die pfaffige Pädokriminalität ruchbar wurde). Und das liegt an der Banken-Kirchen-Allianz, genauer an der Kirchensteuer auf Kapitalerträge. Noch genauer: an ihrer automatischen Einbehaltung.

Die Kooperation der Banken mit den Kirchen ist kein Zufall.

Viele Gläubige haben gar nicht gewusst, dass die Kirchen bei den Kapitalerträgen mitkassieren. Viele haben die Gelder nicht angegeben. Sie hätten ihre Zinsen, Dividenden und Spekulationsgewinne aber beim Finanzamt melden müssen, wo sie mit dem normalen Steuersatz (bis zu 45%) besteuert werden, zuzüglich 8% bzw. 9% Kirchensteuer, je nach Bundesland.

Bisher brachte das nicht viel ein, weil die Eigeninitiative zum Abmelken schwach ausgeprägt ist. Das veranlasste die Kirchen zu Umtrieben, die des Gottes Mammon würdig wären: Sie wollten das Geld direkt von den Banken haben und machten mit dieser Forderung Druck auf die Politik.

Politischerseits ist man religiösen Forderungen höchst aufgeschlossen, zumal der religiöse Kontaminierungsgrad in der Regierung Höchstwerte erreicht. Dennoch erschien die Abfrage der Religionszugehörigkeit so ungehörig, dass man sich zunächst dagegen sträubte. Der Casus sollte bis 2010 überprüft werden.

Es ging um nichts weniger als die Einzelabfrage, wer welchem Glauben anhängt und wieviel dafür blechen muss. Nur so ein penetrantes Informationssystem konnte die Kirchen zufriedenstellen. Wenn das Geld pauschal erhoben und nach Prozentschlüsseln verteilt würde, hätte es ja Zoff zwischen den Diözesen und Landeskirchen geben können, wie der Reibach aufzuteilen wäre.

Dabei nehmen es die Kirchen mit der Gerechtigkeit gar nicht so genau, wie die FAS süffisant anmerkt. Die ganz hohen Kirchensteuern sind auf 2,75% bis 4% gekappt, in der richtigen Annahme, dass die Betuchten über entsprechende Mittel zur Steuervermeidung verfügen. Also lieber weniger kassieren, und dafür kommt das Geld tatsächlich rein. Das firmiert laut FAS unter "Kundenpflege" (Zitat aus einer Kirchenbroschüre).

Für die Leute, die ihr Geld nicht so leicht verdienen, sieht die Kundenpflege anders aus. Die Kirchen setzten ihre Lobby

ein, und die machte solange Druck, bis die Bundesregierung 2011 das jetzige Verfahren beschloss, nach dem die Banken den Schwarzen Peter bekamen. Dass die nun Briefe rausschicken, um nach der Religionszugehörigkeit zu fragen, erwies sich als Eigentor.

Viele Kirchenmitglieder wurden dadurch laut FAS erst wieder an die Kirchensteuer erinnert, und erst recht an die Zahlungspflicht bei Zinserträgen. Der Eindruck der Allianz zwischen Banken und Kirchen erwies sich als schädigend, weil die Kirche sofort Sympathien verliert, wenn der Verdacht der Geldgierigkeit aufkommt. Der FAS-Artikel schließt mit Spekulationen darüber, ob die Geldgier-Initiative den Kirchen einen Mehrertrag bringt. Was sie zusätzlich einnehmen, könnte durch die Austritte kompensiert werden.

Ob das so ist, wird sich weisen. Ein Artikel bei Freigeist Weimar besagt: [Kirchenfinanzen: Einnahmen der EKD auch 2013 gestiegen](#). Es scheint generell so zu sein, dass die Kirchen immer mehr einnehmen, je weniger dran glauben. Die Politik wird's schon richten und den Kirchen mehr Geld zuschustern, egal wieviele Leute austreten. Das entspricht nun mal dem Demokratieverständnis unserer Obrigkeit, dass der Volkswille sich im Kreuzchenmachen auf Wahlzetteln erschöpfe, und zum richtigen Kreuzschlagen muss man die Leute eben anhalten.

Nur hat die Willfährigkeit der Politik gegenüber den Kirchen genau zum Gegenteil vom gewünschten Ergebnis geführt. Banken und Kirchen wurden formal in den Clinch gezwungen, und damit wird für alle erkennbar Geldgier mit Geldgier vermählt.

Die Kirchen sind eben nicht nur die Wandler von Staatsgeld in Kirchengeld, damit sie dann ihre Angestellten kujonieren können (siehe [Gegen die Diskriminierungs-Privilegien der Kirchen](#)). Sie sind auch die diesseitigen Inkassobüros für jenseitige Leistungen.

Bei den Banken fehlen die Himmelsversprechungen; die arbeiten

mit Höllendrohungen (Bankenrettung oder finanzieller Weltuntergang), die bei den Kirchen nicht mehr modern sind. Ganz aktuell kann man lesen, dass die Bankensubventionen immer noch riesig sind (New York Times am 2.8., [Big Banks Still a Risk](#): *On the nature of taxpayer guarantees, Ms. Admati said: "The subsidies are real and they are very large." She added: "The main problem with the guarantees is they reinforce and create perverse incentives and intensify the conflicts of interest between the banks and the rest of society."*

Der Correctness halber kommt jetzt der Hinweis, dass es auch anständige Banken gibt, die nur ganz normale Profitmaximierung treiben, ohne Profit zu saugen aus Systemgefährdung und missbräuchlicher Geldherumschaufelei. Ebenso gibt es viele Kirchenleute, die redlich sind und Gutes tun. Aber das System ist faul, und das zeigt sich jetzt in einer Allianz der Absauger, wie sie bezeichnender nicht sein könnte.

Aus der Kirche kann man austreten, aus den Banken und der Politik nicht. Immerhin kann man das Institut wechseln oder die Partei. [Warum der Atheismus die Religion verdrängen wird](#) heißt es bei wb. Bei den Apolitischen und den Politischen ist es irgendwie anders, und zu den Banken gibt's gar kein Wort mit A vorn außer Arm.